

# Rentenalter 67: «Wir Babyboomer sind in der Verantwortung»

CVP-Präsidentin Marianne Binder erklärt ihre Forderung und kritisiert Wirtschaft wie Linke.

Rolf Cavalli

**Sie haben beim Ständerats-Podium letzte Woche Rentenalter 67 für Mann und Frau ins Spiel gebracht und damit alle überrascht. War das spontan oder geplant?**

*Marianne Binder:* Meine Aussage war nicht überraschend. Sie entspricht meiner Überzeugung und ich sage das seit Jahren.

**Der Bundesrat schlägt erst mal 65 für Mann und Frau vor. Warum preschen Sie vor?**

Ich unterstütze den Vorschlag des Bundesrates und mir ist klar, dass Rentenalter 67 nicht von heute auf morgen geht, umso mehr müssen wir jetzt darüber reden. Wir Babyboomer sind heute in der Verantwortung für morgen. Der Sozialstaat muss auch für unsere Kinder und Enkelkinder gerecht sein.

**Nicht alle können bis 67 arbeiten.**

Richtig. Für Menschen, die körperliche Arbeit leisten oder durch andere Belastungen einfach nicht mehr mö-

**«Der Sozialstaat muss auch für unsere Kinder und Enkelkinder gerecht sein.»**



Marianne Binder  
CVP-Kantonalpräsidentin

gen, müssen selbstverständlich tiefere Pensionsalter gelten. Auch das gehört zum Sozialstaat.

**Ist es nicht paradox, das Rentenalter zu erhöhen und gleichzeitig zunehmend Arbeitnehmer in die Frühpension zu schicken?**

Paradox ist nicht die Erhöhung des Rentenalters, sondern die Frühpensionierung qualifizierter Arbeitskräfte. Gerade die Wirtschaft ruft ja ständig nach einem höheren Rentenalter. Aber dann soll sie auch Verantwortung übernehmen. Über den Fachkräftemangel klagen und gleichzeitig auf das Know-how und Potenzial erfahrener Arbeitskräfte verzichten ist ein Widerspruch. Heute gelten ältere oft als unattraktiv, weil sie lohnmässig zu teuer sind für Arbeitgeber, sogar wenn sie Konzessionen machen würden. Das ist unglaublich frustrierend. Es braucht auch eine Anpassung in der beruflichen Vorsorge.

**Die Linken sperren sich schon gegen ein Frauenrentenalter 65 mit dem Argument, zuerst müssten die Benachteiligungen der Frauen bei Lohn etc. weg.**

Die Koppelung von Rentenalter und gleichem Lohn für Frauen und Männer ist wesensfremd. Ein tieferes Rentenalter erschwert eben oft den Wiedereinstieg in den Beruf. Ich empfinde es zum Beispiel als extrem unfair, dass Frauen, die einen grossen Anteil der Familienarbeit gewidmet haben, kaum eine Chance bekommen, im Erwerbsleben prägend Fuss zu fassen oder gar einen Kaderjob zu bekommen. Gerade auch, weil man ihnen sagt, dass sie ja bald schon wieder pensioniert sind. Übrigens gehören die Kompetenzen, die man sich in Hauswirtschaft und Familienarbeit erworben hat, zu den grossen Zukunftsbereufen. Man soll sie ja nicht immer verächtlich mit Herdarbeit abtun.

**AHV-Reformen scheitern beim Volk nicht zuletzt immer wieder an der Frage des Rentenalters. Befürchten Sie nicht, dass Ihnen Ihr AHV-Tabubruch so kurz vor den Wahlen schadet?**

Ich finde, man muss zu seinen Anliegen stehen. Mit der Sorge um unsere Kinder und Enkel bin ich nicht allein. Warum sollte mir schaden, was ihnen zugutekommt!

## Wahlkampf-Podium für den Regierungsrat im Fernsehen

**Talk Täglich** Für die Aargauerinnen und Aargauer ist der 20. Oktober ein Super-Wahlsonntag. Neben 16 Nationalrätinnen und Nationalräten sowie den beiden Aargauer Vertretungen im Ständerat wählen sie die Nachfolge der zurückgetretenen Regierungsrätin Franziska Roth (vormals SVP). Sechs Kandidatinnen und Kandidaten treten zur Wahl an. Heute debattieren bei «Talk Täglich» von Tele M1 fünf von ihnen im Rahmen eines Podiumsgesprächs unter der Leitung von AZ-Chefredaktor Rolf Cavalli.

Yvonne Feri (SP), Severin Lüscher (Grüne), Doris Aebi (GLP), Jeanine Glarner (FDP) und Jean-Pierre Gallati (SVP) zeigen auf, warum sie das Amt als Regierungsrätin oder Regierungsrat antreten wollen, was aus ihrer Sicht im Kanton verändert werden muss und warum sie die ideale Ergänzung für den Aargauer Regierungsrat sind. Besonders im Fokus dieses Wahlkampfes steht das derzeit ad interim geführte Departement Gesundheit und Soziales. Dieses soll rasch wieder so weit auf Kurs gebracht werden, dass wichtige gesundheitspolitische Entschiede zeitnah gefällt und umgesetzt werden können. (az)

**WWW.**

«Talk Täglich» heute ab 18.30 Uhr auf Tele M1, dann auf [aargauerzeitung.ch](http://aargauerzeitung.ch)

## Frau Müller-Boder sorgt sich

Die SVP-Grossrätin glaubt, dass muslimische Kinder in der Schule gegenüber nicht muslimischen bevorzugt werden.

Grossrätin Nicole Müller-Boder aus Buttwil möchte, dass das Schulgesetz geändert wird. Denn das Gesetz in seiner aktuellen Form lässt ihrer Meinung nach zu, dass muslimische Schülerinnen und Schüler mehr Freitage beziehen können als nichtmuslimische. «Es darf nicht sein, dass die einen Kindern gegenüber anderen benachteiligt sind», schreibt Müller-Boder in ihrer Motion.

Durch die Anpassung des Schulgesetzes soll die von Müller-Boder erkannte Diskriminierung eliminiert werden. So verlangt die Motionärin, dass für religiöse Feiertage, die weder mit dem evangelisch-reformierten noch mit dem römisch-katholisch geprägten Schulkalender kompatibel sind, zwingend Jokertage bezogen werden müssen. Pro Schuljahr können Schülerinnen und Schüler jeglichen Glaubens vier halbe Jokertage beziehen; an diesen frei wählbaren Halbta-

gen können sie ohne Begründung freinehmen.

**Über Urlaub entscheidet die Schulpflege**

Bisher erlaubt das Schulgesetz, dass religiöse Feiertage grundsätzlich ein Urlaubsgrund sind und keine Jokertage dafür bezogen werden müssen. Davon profitieren muslimische Schülerinnen und Schüler enorm, hat Nicole Müller-Boder festgestellt. Denn sie haben an den christlichen Feiertagen frei, sie haben an den muslimischen Feiertagen frei – und sie haben erst noch ihre Jokertage zur freien Verfügung. Das kann nicht sein, stört sich Müller-Boder, dass christliche Kinder bezüglich der Freitage benachteiligt werden. Da bestehe ein Verfassungsbruch, findet die SVP-Grossrätin.

Die Kompetenz, einen Urlaub zu gewähren, liegt bei der Schulpflege. Sie kann diese Kompetenz aber auch an die Schulleitung oder Lehrpersonen delegieren. So kommt es zu unterschiedlichen Regelungen: Es gibt Schulen, die mehrere Tage Urlaub für den muslimischen Feiertag Bayram gewähren; andere verlangen hingegen, dass die Jokertage dafür eingesetzt werden.

**Mit einheitlichen Regelungen Sonderbehandlungen stoppen**

Nicole Müller-Boder fordert nun eine einheitliche kantonale Regelung und klare Richtlinien für Schulpflegen und Schulleitungen. Nur so könnten weitere Auswüchse islamischer Forderungen und Sonderbehandlungen gestoppt werden. «Ansonsten werden wir in absehbarer Zeit auch noch akzeptieren müssen, dass während des gesamten Ramadans sämtliche muslimischen Kinder der Schule fernbleiben», fürchtet Müller-Boder. (jm)

## Wohnung in Flammen – hoher Sachschaden in Aarau



Am Barbaraweg in Aarau hat am Samstag ein Brand eine Wohnung verwüstet und laut Kantonspolizei einen Sachschaden in der Höhe von rund 100 000 Franken verursacht. Die Brandursache ist noch unklar, die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren eröffnet. Verletzt wurde wegen des Feuers niemand. (az)

ANZEIGE

**ztprint**  
die können mehr. [ztprint.ch](http://ztprint.ch)

Partnerschaft  
beruht auf  
gegenseitiger  
Wertschätzung.

Der Printbereich der ZT Medien AG